

Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 165 (März 1999)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 165 (März 1998)

Bei der **Mitgliederversammlung** des Landesverbandes am 2. Dezember resümierte die scheidende Vorsitzende Ingeborg Rürup die Arbeit der vergangenen der letzten Jahre, in denen wir 11 Veranstaltungen mit einer Themenpalette von Bioethik, Schule und Religion bis hin zur öffentlichen Sicherheit organisiert haben. Neben den zahlreichen Kooperationen mit anderen Initiativen und Vereinen haben wir eine Reihe von Anliegen durch Petitionen, Protest- und Leserbriefe vertreten. Zum neuen Vorsitzenden wurde Roland Otte gewählt, der Ingeborg Rürup für ihr langjähriges Engagement als Vorsitzende dankte und seine Freude darüber ausdrückte, daß sie weiterhin im Landesvorstand aktiv sein will. Als weitere Mitglieder des Landesvorstands wurden Sigrid Kleinschmidt, Ingeborg und Katharina Rürup, Thymian Bussemer, Martin Kutscha, Dan Richter, Björn Scheer und Andreas Schmidt gewählt. Künftige thematische Schwerpunkte werden vor allem die Themen Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit, Rechte von MigrantInnen und Religionsunterricht sein.

Zum Schluß der Versammlung boten Anna Elmiger und Ingeborg Rürup einen Rückblick auf die letzten 20 Jahre HU-Arbeit in Berlin, in denen sie die Geschicke des Landesverbandes leiteten. Anhand der ausgegrabenen Flugblätter und Plakate konnten wir verfolgen, mit welcher Kontinuität bestimmte Themen präsent sind und wie sich die Aktionsformen geändert haben.

Bei unserer Podiumsdiskussion zum **Anti-Diskriminierungs-Gesetz** stellte Günter Dworek (Bundestagsfraktion der Grünen) den Bonner Diskussionsstand bezüglich dieses Koalitionsvorhabens dar. Unter der Moderation von Ingrid Lottenburger diskutierten außerdem Reza Rassouli (Anti-Diskriminierungs-Büro), Anja Kofbinger (International Lesbian and Gay Association) und Martin Marquardt (Berliner Behindertenverband) über Möglichkeiten und Grenzen eines Gesetzes zum Schutz von Minderheiten.

Am 17.12. gab es auf unsere Einladung einen Runden Tisch zur Einführung von **islamischem Religionsunterricht**. Nach dem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes, das der Islamischen Föderation das Recht auf Erteilung von Religionsunterricht beschied, stellt sich für Berlin noch dringlicher die Frage, wie diese Angebote künftig organisiert werden sollen. Bisher sind alle Formen des Religions- und Weltanschauungsunterrichtes für Berliner SchülerInnen fakultativ. An dem Gespräch nahmen neben VertreterInnen verschiedener islamischer und türkischer Gemeinschaften in Berlin auch VertreterInnen der bisherigen Anbieter von Religionsunterricht, des Senats und verschiedener wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen teil. Inzwischen überlegt der Landesverband Berlin, einen eigenen Vorschlag zu erarbeiten, der die Trennung von Staat und Kirchen beachtet und zugleich eine stärkere Thematisierung religiöser und ethischer Fragen im Unterricht erlaubt, bei der die verschiedenen Religionsgemeinschaften gleichberechtigt behandelt werden. Für den 10. März ist dazu ein Arbeitstreffen des Landesvorstandes angesetzt, auf dem ein solches Konzept besprochen werden soll.

Mit Briefen an das Präsidium und verschiedene Ausschüsse des Bundestages haben wir uns gegen die **Verbannweisung des Berliner Stadtzentrums** eingesetzt. Recht gute Aussichten hat inzwischen eine

<https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-165-maerz-1999/>

Abgerufen am: 10.10.2024